

Meldungen

www.klimaseite.info, 04.01.2022

EU-Kommission legt Maßstäbe für grüne Investments vor

Kurz vor Jahresende 2021 legt die EU-Kommission den bereits angekündigten Entwurf einer Klassifizierung für nachhaltige Investitionen und Finanzanlagen vor, die sogenannte „Taxonomie“. Darin ist auch die Energieerzeugung aus Erdgas und Atomkraft als „Übergangstechnologie“ enthalten. Widerspruch kam darauf nicht nur von Umweltorganisationen, sondern auch von der Bundesregierung. Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) lehnt diese positive Einstufung der Atomkraft strikt ab und Justizminister Buschmann (FDP) will sich für eine Änderung des Taxonomie-Entwurfs aus Brüssel einsetzen. Die Chancen dazu sind freilich gering, weil Deutschland zusammen mit vier weiteren Staaten in puncto Atomkraft eine Minderheitsmeinung vertritt, wobei längst nicht alle, die Atomkraft als Option zur CO₂-Vermeidung sehen, so forsich vorangehen wie Frankreich. Für eine Änderung der Taxonomie-Vorlage wäre aber eine Mehrheit von 20 der insgesamt 27 Staaten notwendig. Atomkraft wird von der EU also wohl im Laufe des Jahres als Übergangstechnologie auf dem Weg zu einer klimafreundlichen Wirtschaft eingestuft werden, es sei denn, der Europäische Gerichtshof würde in dieser Angelegenheit angerufen und schöbe dem einen Riegel vor.

Außerdem will die EU-Kommission auch Gaskraftwerke für den Übergang als notwendig und nachhaltig einstufen, was sich weitgehend mit dem Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung deckt. Aktuell sind in Deutschland 70 Gaskraftwerke in Betrieb, die Energiewirtschaft hält eine Erhöhung dieser Zahl um zwei Drittel für notwendig. Nach dem Willen der Bundesregierung soll bis 2030 80 % des Strom aus erneuerbaren Quellen kommen, den restlichen Strombedarf werden Kohle- und Gaskraftwerke decken, wobei letztere deutlich weniger Kohlendioxid als die Kohlemeiler verursachen. Auch Greenpeace anerkennt die Notwendigkeit von Gaskraftwerke als Brückentechnologie, fordert aber den Erdgas-Ausstieg bis 2035. Dieses Zeitlimit erklärt sich aus dem 1,5 Grad-Ziel, wird aber extrem schwierig zu erreichen sein, denn dann müssten die neu gebauten Gaskraftwerke der nächsten Jahre ihre Wirtschaftlichkeit schon in etwa 10 Jahren erreichen, während sie bisher 30 Jahre und länger laufen. Zudem ist Erdgas ein wichtiger Energieträger auf dem Wärmemarkt, für die Gebäudeheizung und Warmwasserbereitung und im Vergleich zu Heizöl aus Sicht des Klimaschutzes die bessere Lösung, im Vergleich zu Wärme aus Wärmepumpen, Sonne, Tiefengeothermie etc. freilich die schlechtere. Zwar soll grüner Wasserstoff künftig das fossile Erdgas ersetzen, aber bis 2030 dürfte der Umstieg kaum gelingen, da dieses Gas, der „Champagner der Energiewende“, noch auf Jahre hinaus ein teures und knappes Gut bleiben wird, selbst 2035 stellt schon eine Herausforderung dar.

Während sich die Ampelfraktion der Bundesregierung bei der Ablehnung der Atomkraft einig ist und auch vom, für Ende diesen Jahres geplanten Ausstieg aus der Kernkraft nicht abrücken will, beinhaltet das Festhalten am Erdgas, der Ausbau zusätzlicher Gaskraftwerke, die möglichen Importe von amerikanischem Frackinggas oder von russischem Erdgas via Nordstream 2 durchaus Konfliktpotenzial innerhalb der Bundesregierung. Bei der ersten Belastungsprobe in Sachen Erdgas, seiner Bewertung nach EU-Taxonomie, werden sich aber die Minister*innen von Bündnis 90 / Die Grünen aufgrund des Koalitionsvertrags nicht allzu weit aus dem Fenster lehnen können. (rk)

Quellen:

„Werden Ökofonds bald Atommeiler fördern?“, Björn Finke, Süddeutsche Zeitung, 03.01.2022

„Belastungsprobe für die Ampel“, www.tagesschau.de, 03.01.2022